

Bericht Bundesparteitag GRÜNE und Info über meinen Austritt aus der Partei

Ich berichte hiermit über die gestrige Bundesdelegiertenversammlung (so heißt bei B90/die Grünen der Parteitag) und informiere darüber, dass und warum ich bei den Grüne als Mitglied austrete.

Wie ihr wisst, hatte ich zur BDK fünf Änderungsanträge zum Bundestagswahlprogramm mit jeweils mindestens 50 Unterschriften initiiert, um der Partei wieder ein friedenspolitisches Profil zu geben und Robert Habeck für eventuelle Koalitionsverhandlungen „Leitplanken“ zu geben.

Die Antragskommission lehnte den Antrag zu Israel/Palästina aus formalen Gründen ab, offiziell weil er zu lang sei, tatsächlich wohl, weil man keine inhaltliche Diskussion über das Thema auf der BDK wollte. Vier Anträge wurden zur Behandlung auf der BDK zugelassen, man bat uns aber, alle neun Anträge von sechs Antragstellerinnen, die zum Themenkomplex Friedens- und Entspannungspolitik vorlagen, zu einem zusammenzufassen, um die Diskussion auf der BDK zu erleichtern. Das haben wir in sehr aufwändigen Gesprächen umgesetzt und herausgekommen ist der beiliegende Gesamtantrag, der meines Erachtens recht gelungen ist.

Dann schlug die Parteispitze zu: Wir hatten vorgeschlagen, die Zusammenfassung aus den neun Anträgen auf der BDK in den beiliegenden vier Abschnitten zu diskutieren und abzustimmen. Einen Tag vor der BDK teilte uns die Programmkommission mit, das sei aus Zeitgründen nicht möglich, man werde unsere Anträge in der neuen Fassung in einem Stück zur Abstimmung stellen. Wegen der Fülle der Anträge würden wir zur Einbringung nur zwei Minuten Zeit haben und nach einer zweiminütigen Gegenrede werde dann im Block abgestimmt.

Wir riefen daraufhin das Schiedsgericht der Partei an und beantragten, dass dieses den Bundesvorstand mit einer einstweiligen Anordnung zwingt, unserem Begehren zu entsprechen. Sonntag um 10.00 Uhr bekamen wir eine Absage. Wegen der Kürze der Zeit sei keine genügende Prüfung möglich, man werde später entscheiden, ob der Bundesvorstand unkorrekt gehandelt habe.

Tatsächlich standen bei der BDK dann nur ca. 20 Anträge auf der Tagesordnung, alle anderen waren vorher von der Programmkommission durch (teilweise) Übernahmen in den Leitantrag des Bundesvorstandes oder Überzeugungsarbeit, dass man bei diesem Wahlparteitag doch Harmonie wahren solle, zurückgezogen worden. Nach einer kämpferischen sehr guten Rede von Robert Habeck wurden die ca. 20 noch strittigen Anträge einzeln aufgerufen und unserer war um 15.00 Uhr der allerletzte. Wir versuchten noch einmal, über einen Geschäftsordnungsantrag zu erreichen, dass die Antragsteile getrennt eingebracht, diskutiert und verabschiedet werden sollten. Das würde die Versammlung max. 20 Minuten verlängern und wir hätten genug Zeit dafür, weil die Versammlung ja bis 17.00 Uhr angesetzt sei. Jetzt in der Gegenrede der eine veränderte Argumentation – ein frühes Ende sei gut, damit Delegierte aus Süddeutschland früh Züge zur Rückfahrt erreichen könnten.

Bezeichnend für die Stimmung unter den Delegierten ist, dass bei der Geschäftsordnungsabstimmung über einen Vorschlag der Versammlungsleitung, uns wegen des komplexen Themas statt zwei Minuten drei Minuten Redezeit zu geben, ca. 1/3 der Delegierten sogar dagegen waren. Welch ein kleinliches undemokratisches Verhalten, uns eine Minute mehr Zeit zuzugestehen, über diese so wichtige Sache zu sprechen.

Also wurde ich aufgerufen, den Antrag einzubringen und Annalena Baerbock werde für den Bundesvorstand die Gegenrede halten. Beides könnt ihr euch über https://www.youtube.com/watch?v=-s8eR20q_-Y ab Minute 5.21.20 ansehen. Annalena ging in ihrem Beitrag fast gar nicht auf die Inhalte unseres Antrages ein, sondern stilisierte die Abstimmung darüber so, dass Delegierte bei einer Zustimmung ihre dreijährige erfolgreiche Politik als Außenministerinnen ruinieren und die Ukraine den Russen ausliefern würden. Ihr Auftritt war perfekt, am Ende gab es Standing Ovationen und von den ca. 800 Delegierten stimmten nur ca. 20 für unseren Antrag.

Ich war wie vor den Kopf geschlagen. Meine Einschätzung vor der BAG war, dass der Antrag zur Nicht-Wiedereinführung der Wehrpflicht vielleicht eine Mehrheit bekommen könnte, da die auf der BDK stark vertretene Grüne Jugend daran Interesse haben müsse. Bei den anderen Themen hätte es mir genügt, wenn sie 10 bis 20 % der Stimmen bekommen hätten. Doch dass durch die manipulative undemokratische Blockabstimmung sogar folgender Satz ohne jede Diskussion grüne Programmatik wird: „In einer Zeit, in der Putins Russland bestehende Abrüstungsinitiativen zerstört und mit seinen nuklearen Fähigkeiten droht, ist die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO eine essentielle Säule unserer Sicherheit.“ war für mich nicht vorstellbar. Der Begriff „nukleare Teilhabe“ bedeutet nämlich, dass die Bundeswehr mit deutschen Flugzeugen (den für 10 Milliarden neu gekauften F35-Kampfbombern) mit Erlaubnis der USA Atomwaffen einsetzen darf, ohne dass Deutschland Atommacht wird. Genau das haben wir 1979 in der Stabskompanie, in der ich war, bei Manövern geübt: Wie man „den Russen“ abwehrt, indem man entlang der DDR-Polen-Grenze taktische Atombomben platziert (und hunderttausende Menschen tötet).

Mein Fazit: Die 800 Delegierten sind die repräsentativen Vertreter*innen der Basis der Grünen-Partei. Wenn 97 % von ihnen nicht bereit sind, das Thema Friedenspolitik in der Wahlprogramm-LDK überhaupt zu diskutieren und ihnen ein geschlossenes Erscheinungsbild nach außen wichtiger ist, statt in einem demokratischen Diskurs eine Meinungsbildung zu machen, dann ist das nicht mehr meine Partei und ich werde heute austreten. Mit meinen 74 Jahren ist mir meine verbleibende Lebenszeit zu schade, mich weiter in meinem Kreisverband (der uns gestern auch völlig im Stich gelassen hat) und der Bundespartei zu engagieren.

Der Austritt ist keine spontane Entscheidung, sondern der Abschluss eines längeren Entfremdungsprozesses:

- Die Haltung zu den Aktionen der „letzten Generation“: Statt sich mutig vor die Aktivist*innen zu stellen, beteiligte sich die Bundesparteispitze an deren Diskriminierung, ja Kriminalisierung;
- Mangelnder Widerstand der Grünen-Ratsfraktion bei den unsinnigen Plänen zum Ausbau des Südschnellweges;
- Kein Engagement bei einer Lösung der Probleme beim Ihmezentrum;
- Beim Projekt ecovillage machten OB Belit Onay, die grüne Liegenschaftsdezernentin und die Grünen im Verwaltungsrat der Sparkasse keinen Finger zur Rettung des Projektes krumm.

Der Parteiaustritt bedeutet nicht automatisch, dass ich die Grünen bei der anstehenden Bundestagswahl nicht wählen werde. Die einzige im Grundsatz noch in Frage kommende Alternative, die LINKEN, sind bei den Friedens- und Sozialthemen besser, bei der mir wichtigen Klima- und Energiepolitik haben sie bisher jedoch nicht das notwendige Engagement und wenn sie keine 5 % bzw. mindestens 3 Direktmandate bekommen, ist eine Stimme bei ihnen sowieso verschenkt.

Von den ca. 20 Änderungsanträgen wurden übrigens alle bis auf einen (der Antrag eines Böllerverbots an Sylvester) abgelehnt, damit bloß keine Wähler*innen verschreckt werden. Beispiele:

- Antrag zur Abschaffung Dienstwagenprivileg; abgelehnt weil das der Autoindustrie schaden würde.
- Antrag Tempolimit – abgelehnt weil das eine zu schlechte Presse verursachen würde;
- Antrag zur Abschaffung des Ehegattensplittings- akzeptiert nur für die Zukunft (wenn es dafür eine Mehrheit gibt); bestehende Ehen können weiter noch Jahrzehnte splitten, weil die Paare ja ihre Lebensplanung (gar nicht berufstätige oder nur mitverdienende Ehefrau) darauf ausgerichtet haben.

Hier noch einige Impressionen von der BDK:

ca. 100 Journalist*innen, 30 Fotograf*innen und 15 Kamerateams

BAYER und der Verband der Autoindustrie als Sponsoren der BDK - wieso fehlte die Rüstungsindustrie?

